chim Mallach, und dessen Mitarbeiter Kurt Besserer: Sigmaringen lieferte auffallend viele besonders hohe Blutproben-Werte – mit anderswo ganz seltenen „Ausreißern" von mehr als vier Promille. Die Tübinger Wissenschaftler sahen darin „eine überzufällige Häufung, medizinisch unmöglich".

Systematisch prüften sie nun die Sigmaringer Computerberechnungen auf mögliche Fehler – und wurden fündig: In dem Programm zur Promille-Bestimmung war multipliziert statt dividiert worden, eingespeist war ein „x" statt eines „:".

Blutentnahme für Alkoholtest
„Differenzen und Schlampereien"

Die dadurch entstehende Abweichung erklärt sich aus der Analyse-Methode: Der Alkoholgehalt wird bei der chemischen Untersuchung nicht direkt im abgezapften dicken Blut ermittelt, sondern im klaren Blutserum, aus dem zuvor die Blutkörperchen herauszentrifugiert worden sind.

Weil aber im Serum mehr Alkohol als im festeren „Vollblut" enthalten ist, müssen die Prüfer den Serumwert durch die Zahl 1,2 dividieren, um die juristisch und medizinisch entscheidenden Promille-Zahlen zu bekommen. Im angefochtenen Fall hatten sich denn auch bei einem Serumwert von 3,6 auf diese Weise 4,3 statt 3,1 Promille ergeben.

Die Tübinger Entdeckung löste einen juristischen Erdrutsch aus, dessen Umfang und Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Zwischen August 1984 und März 1985 wurden in Sigmaringen in rund 1500 Fällen falsche Promille-Werte errechnet, vor allem für Verfahren in den Gerichtsbezirken Hechingen, Konstanz, Ravensburg, Rottweil und Ulm.

Alle laufenden Prozesse mit Sigmaringer Attesten sind inzwischen gestoppt worden, alle noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren werden von den Staatsanwaltschaften aufgegriffen. Gegen bereits wirksam gewordene Entscheidungen ist Wiederaufnahme möglich. Allein im Bereich des Amtsgerichts Sigmaringen muß die Justiz einige hundert Fälle erneut abwickeln.

Betroffen sind vor allem Verkehrssünder, deren Blutalkoholgehalt im Grenzbereich von 0,8 und 1,3 Promille lag. Der kleine Unterschied: Bei 0,8 kann es um Freispruch oder Verurteilungen zu Geldbuße und Fahrverbot gehen, bei 1,3 um strafbare absolute Fahruntüchtigkeit mit längerem Führerscheinentzug.

Beispiel: Wenn ein Serumgehalt von 1,4 – aus dem zentrifugierten Blut – mit 1,2 multipliziert statt dividiert wird, dann bringt das 1,68 anstatt 1,16 Promille – ein Unterschied, der über Existenzen entscheiden kann, beispielsweise bei Berufskraftfahrern, Vertretern oder Pendlern aus abgelegenen Gegenden.

Experten rechnen nun mit Kosten in Millionenhöhe: Rückzahlung von Geldstrafen, Gerichts- und Anwaltskosten, möglicherweise Schadenersatzforderungen.

Schon jetzt erkundigen sich Amtsrichter und Anwälte aus der ganzen Bundesrepublik bei den Ministerien und den Instituten nach den Ursachen des Sigmaringer Software-Schlamassels. Denn auch in anderen Bundesländern werden Promille-Bestimmungen vorwiegend über EDV errechnet und nicht von Hand wie etwa am Tübinger Institut, wo es Professor Mallach für „sträflichen Leichtsinn" hält, alles dem Computer zu überlassen.

Der Computerfehler in Sigmaringen entstand ausgerechnet als Folge eines bundesweiten Ringversuchs im Sommer 1984, bei dem Fehler aufgespürt werden sollten. An alle Untersuchungsanstalten wurden damals Serumproben mit ungenannter Alkoholkonzentration verschickt, um testen zu können, ob überall derselbe Alkoholgehalt analysiert wird.

Weil jedoch nur der Serum- und nicht der Vollblutwert gemeldet werden mußte, hatten die Sigmaringer – wie mutmaßlich auch andere Institute – während der Versuchsdauer die Zahl 1,2 einfach aus dem Programm gelöscht. Hinterher war sie mit dem falschen „x" wieder ins Promille-Programm eingefügt worden.

Schlimmer noch: Bei der Sigmaringer Prozedur wurden neben dem „konstanten Fehler", so Michael Jaschick, Sprecher des für die Landesuntersuchungsanstalten verantwortlichen Stuttgarter Arbeits- und Sozialministeriums, „weitere Differenzen und Schlampereien unterschiedlicher Ursachen" entdeckt.

Aus diesem Grund müssen nun in „Tausenden von Fällen" bis zurück ins Jahr 1975 die Blutalkoholbestimmungen nachgerechnet werden. Zur Zeit wird in Sigmaringen, sagt Jaschick, „von hinten nach vorn alles durchgekämmt".

FISCHEREI

Absolute Spitze

Die Fanggründe sind zu klein, die deutschen Reeder drohen, ihre Hochseeschiffe ins Ausland zu verkaufen.

Vor Neufundland krachten, tief in der Nacht, zwei Fischdampfer zusammen. Acht Stunden nach der Kollision ging das Fangfabrikschiff „Johann Dietrich Broelemann" mit Kabeljau an Bord 386 Meter senkrecht in die Tiefe, die Mannschaft konnte sich retten.

Das Mißgeschick hat manchmal auch gute Seiten. Die Reederei Hanseatische Hochseefischerei AG in Bremerhaven, ein Oetker-Unternehmen, konnte jedenfalls das vor zwei Monaten gesunkene Schiff gut entbehren. Die Versicherung zahlte 20 Millionen Mark, doppelt soviel, wie ein Verkauf eingebracht hätte.

Mit dem Abgang der „Broelemann" schrumpfte die deutsche Hochseefischerei-Flotte auf nunmehr 17 Schiffe zusammen. Vor zehn Jahren waren es noch 66.

Schon bald fährt vielleicht gar keins mehr. Wenn Bonn, so drohen die Besitzer der 17 restlichen Schiffe, nicht bis Ende dieses Monats 100 Millionen Mark Subventionen zusage, beginne der große Ausverkauf.

„Da muß etwas geschehen", meint der Hamburger Reeder Jan Pickenpack. Er sei „erschrocken über die Lethargie der Regierung". Denn schuld an der miesen Lage seiner Branche – da ist sich Pickenpack mit allen seinen Kollegen einig – seien ausschließlich die Politiker.

Die Schwierigkeiten begannen 1977, als andere Staaten dem Beispiel Islands folgten und weltweit die 200-Meilen-Zone vor ihren Küsten der nationalen Fischerei sicherten. Damit waren die Deutschen von ihren traditionellen Fanggebieten – vor allem vor Island, Grönland, Kanada und Norwegen – abgeschnitten. „Eine Enteignung unserer Fanggebiete" nennt das Dieter Koch,

Einfrosten von Fischen
Die Chinesen warten schon

der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Hochseefischerei.

Seit 1977 müssen die Deutschen bei anderen Staaten Fangquoten beantragen. Sie müssen mit Kanadiern und Norwegern aushandeln, wieviel Tonnen Kabeljau, Rotbarsch, Seelachs und Heilbutt sie alljährlich vor deren Küsten holen dürfen. Und in Brüssel muß der Bonner Ernährungsminister um die deutsche Fangquote im sogenannten EG-Meer – das ist vor allem die Nordsee – rangeln.

Von den Fischen, die aus dem EG-Meer geholt werden, stehen derzeit den Deutschen 14 Prozent zu. Das reicht nicht, um eine stolze Flotte von Hochseeschiffen zu unterhalten.

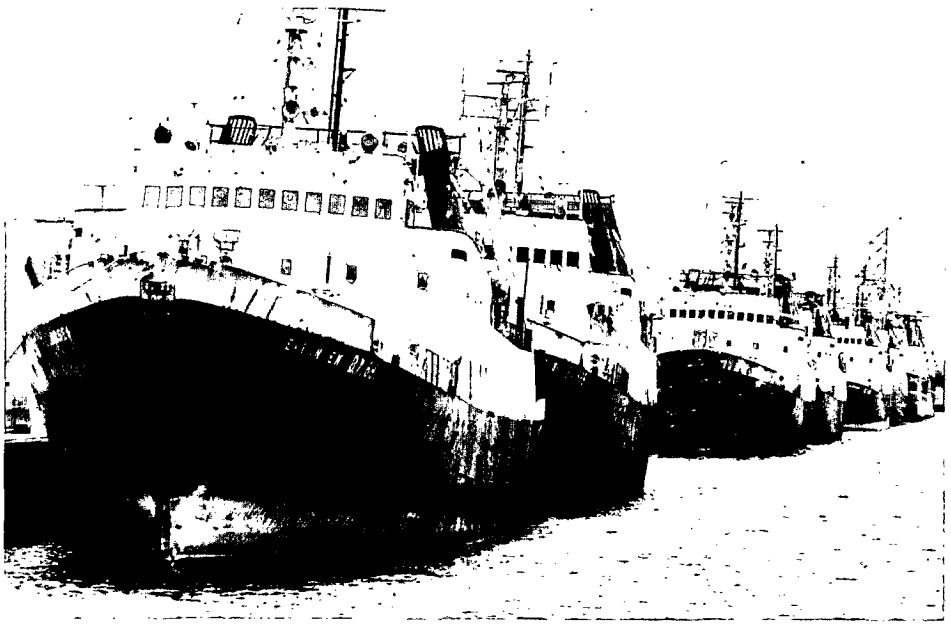
So bauten die Reeder von Jahr zu Jahr ab. Sie verschrotteten oder verkauften vor allem ihre großen Fangfabrikschiffe – Dampfer, die 60 bis 80 Tage auf See bleiben und ihre Fänge gleich an Bord zu tiefgefrorenen Filets verarbeiten und die Abfälle zu Fischmehl mahlen.

Allein in den letzten sechs Monaten musterten alle vier Reeder Fabrikschiffe aus:

- ▷ Die Hochseefischerei Nordstern AG in Bremerhaven (80-Prozent-Aktionär ist der Fischverarbeiter Dirk Ahlers) verkaufte Ende vergangenen Jahres ihre „Friedrich Busse" nach Südkorea;
- ▷ die Nordsee Deutsche Hochseefischerei GmbH in Bremerhaven (im Besitz des holländisch-britischen Multis Unilever) stieß im März die „Stuttgart" an die Volksrepublik China ab;
- ▷ die Oetker-Firma Hanseatische Hochseefischerei wurde im April durch den Untergang der „Broelemann" von einem überflüssigen Schiff befreit;
- ▷ die Hamburger Reederei Pickenpack, an der 50 Kommanditisten beteiligt sind, hat wegen der unzureichenden Fangquoten ihre „Julius Fock" stillgelegt.

Seit 1978 lindert Bonn das Elend der deutschen Fischer mit Bargeld, bislang waren es mehr als 125 Millionen Mark. Die Subventionen, in diesem Jahr rund sieben Millionen, seien „nur ein Tropfen auf den heißen Stein", klagt Koch: Die Verluste sind doppelt so hoch.

Auch ihre neue Fangquote vor Grönland halten die Deutschen für unzureichend. Seit Januar erlauben die Grönländer der EG, jährlich 100 000 Tonnen Kabeljau aus ihren Gewässern zu holen. Dafür zahlt Brüssel jährlich 60 Millionen Mark – rund 90 Prozent der Quote gingen an die Bundesrepublik.



Fabrikschiffe vor Cuxhaven: „Die Flotte geht vor die Hunde"

So gehe es nicht mehr weiter, meint Jan Pickenpack, „das Ende der Fahnenstange" sei erreicht. Ohne massive Hilfe aus Bonn müßten die Reeder ihre Schiffe verkaufen.

Die Interessenten warten schon. Vor allem Südkoreaner und Chinesen – die aus der Volksrepublik – würden gern die Fabrikschiffe nehmen.

Denn von der Technik her, erläutert Koch, sei die deutsche Fischerei-Flotte „absolute Weltspitze", kein anderes Land habe auf diesem Gebiet – vom Eisfang-Geschirr bis zu den Filetiermaschinen an Bord – ein derartiges Know-how.

Weil sonst „die Flotte vor die Hunde geht" (Pickenpack), wollen die vier Unternehmen sich zu einer Firma namens „Fang-Union" zusammenschließen; von Bonn erwarten sie 100 Millionen Mark Zuschuß.

Die neuen Partner haben den Bonnern, die sich seit Monaten um eine Entscheidung drücken, inzwischen ein Ultimatum gestellt:

Wenn bis zum 1. Juli keine verbindliche Subventionszusage komme, würden die vorerst vertagten Verhandlungen mit den Chinesen und Koreanern wiederaufgenommen.

Arbeitsplätze, so drohen die Reeder, seien in Gefahr. Zwar sind in der Hochseefischerei nur 1400 Personen beschäftigt, aber diese Zahl müsse mit sieben multipliziert werden. Auch rund 10 000 Arbeitsplätze in der fischverarbeitenden Industrie seien nämlich gefährdet. Die Ausländer würden sich nicht damit begnügen, den rohen Fisch zu liefern, sondern selbst die lukrative Verarbeitung übernehmen.

Bonn hat sich bislang von diesem Argument nicht sonderlich beeindrucken lassen. Es sei nicht zu vertreten, ließ Wirtschaftsminister Martin Bangemann die Reeder wissen, „daß Großunternehmen, die insgesamt beachtliche Gewinne erwirtschaften, Risikobereiche ausgliedern und deren Belastung dem Steuerzahler aufbürden".

Gemeint sind die Konzerne Oetker (Hanseatische) und Unilever (Nordsee). Bangemann hat nicht vergessen, wie ungeniert der Unilever-Konzern dem Land Niedersachsen vor anderthalb Jahren 30 Millionen Mark abzapfte.

Kaum hatten damals die Nordsee-Manager verkündet, sie müßten rationalisieren und daher ihre Konservenfabrik „Seeadler" von Cuxhaven nach Bremerhaven verlegen, brach in Hannover Aufregung aus. Aus dem niedersächsischen Cuxhaven drohten 400 bis 500 Arbeitsplätze zugunsten des Landes Bremen zu verschwinden.

Die Drohung wirkte. Ministerpräsident Ernst Albrecht kaufte der Nordsee die Fabrik ab und vermietete sie an den früheren Besitzer. Für den veralteten Betrieb, der Ende der 50er Jahre für rund zehn Millionen Mark (davon 4,7 Millionen aus öffentlichen Mitteln) ge-

baut worden war, zahlte Niedersachsen 30 Millionen Mark.

Nicht minder grotesk war die Pachtgebühr, die seitdem die Nordsee an das Land Niedersachsen zahlt: 500 000 Mark pro Jahr. Die 30 Millionen verzinsen sich auf der Bank mit über zwei Millionen Mark jährlich.

So wie Albrecht will sich Bangemann nicht über den Tisch ziehen lassen. Anders als der niedersächsische Ministerpräsident, so ließ er die Reeder wissen, werde er sich von Drohungen nicht beeindrucken lassen.

Er habe Verständnis für die Sorgen der Fischer, schrieb Bangemann. Aber „die schlichte Forderung, entweder 100 Millionen vom Steuerzahler, oder wir machen zu", könne er „nicht als akzeptable Alternative erkennen".

KAUFHÄUSER

Bringt viel mit

Der Kaufhof will in neuen Geschäftszweigen Umsatz machen – mit Hi-Fi-Läden, Versicherungen und Immobilien.

Es gebe, so erzählte Friedrich Wilhelm Waffenschmidt seinem Besucher, ein „typisches Saturn-Wetter": Wenn es regne, würden sich aus Eifel, Sauerland und Kohlenpott, aber auch aus Belgien und Holland die Kunden aufmachen, um bei Saturn-Hansa in Köln einzukaufen.

Bis zu 50 000 kämen an einem solchen Regentag. Dann mache Saturn, ein Discountgeschäft für Unterhaltungselektronik, mit Fernsehgeräten, Photoartikeln, Radios und Schallplatten über eine Million Mark Umsatz.

Spätestens nach Waffenschmidts Wetterbericht wußte Kaufhof-Vorstandsmitglied Jens Odewald genau, was er wollte. Er machte dem Saturn-Besitzer ein Kaufangebot. Für die Kaufhäuser gelte nämlich, erläuterte Odewald, eine ganz andere Wetterregel: „Bei Regen gehen unsere Geschäfte schlecht."

Schon seit langem ist der 44jährige Finanzchef des zweitgrößten deutschen Warenhauses (8,4 Milliarden Mark Umsatz) auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern, auf denen er den schleichenden Umsatzverfall im Stammgeschäft wettmachen kann. Die Kaufhäuser in den Innenstädten leiden nämlich nicht nur unter dem schlechten Wetter.

Seit Mitte der siebziger Jahre ist ihnen vor allem die preisbewußte Kundschaft davongelaufen. Die kauft inzwischen Billigware mehr und mehr in Verbrauchermärkten oder bei Spezialdiscountern wie Saturn-Hansa.

So sank der Anteil der Warenhäuser am gesamten Umsatz des Einzelhandels im letzten Jahrzehnt von 11 auf 6 Prozent, und der Trend nach unten beschleunigt sich. Im vergangenen Jahr setzten die Warenhäuser Karstadt, Kaufhof, Hertie und Horten in ihren rund 550 Filialen real, das heißt nach Abzug der Inflation, sechs Prozent weniger um als 1983.

Während die Konkurrenten auf den schleppenden Geschäftsgang mit ständig wechselnden Verkaufsrezepten reagierten, wollen die Kaufhof-Manager einen anderen Weg versuchen. Sie möchten weg von der „Warenhaus-Philosophie des Alles unter einem Dach" (Odewald). Das 106 Jahre alte Warenhaus Kaufhof soll in einen Handels- und Dienstleistungskonzern umgebaut werden.

Jens Odewald, der noch in diesem Monat den Vorstandsvorsitz übernimmt, will den Warenhaus-Anteil am Kaufhof-Konzern in den nächsten Jahren bis auf 50 Prozent absenken. Fachgeschäfte und Gaststätten sowie Dienstleistungen im Freizeit- und Reisesektor sollen die andere Hälfte des Umsatzes bringen. Sogar als Vermittler von Versicherungen und im Immobilien-Geschäft möchte der neue Kaufhof-Chef Geld verdienen.

Auch eine hauseigene Bank sollte zum Konzern gehören und das lukrative Geschäft mit Konsumenten-Krediten und Geldanlage-Tips betreiben. Die Verträge zum Kauf der Verbraucherbank, eines mit modernster Computer-Technologie ausstaffierten Geldinstituts, waren bereits unterschriftsreif, doch der Aufsichtsrat lehnte ab.

Kaufhof-Aufsichtsrat Paul Lichtenberg befürchtete Einbußen für sein eigenes Haus, die Commerzbank. Die hatte im Dezember 1980 ihre Anteile am Kaufhof an die Großhandelskette Metro unter der Bedingung abgegeben, daß Kaufhof weiterhin wichtige Geldgeschäfte über die Commerzbank abwickelt.

Den kleinen Dämpfer vom Aufsichtsrat kann Odewald verkraften. Lichtenberg selbst, der damals den Kaufhof-Aufsichtsrat leitete, hatte Odewald nach Köln geholt und ihn seinem Nachfolger Erwin Conradi weiterempfohlen. Der Chef der Metro hatte Lichtenbergs Mann dann für den Chef-Posten beim Kaufhof vorgeschlagen.

Odewald verstand zwar vom Handel so gut wie nichts, als er von Hamburg an den Rhein wechselte. Aber er bringt mit, was für den Umbau des Konzerns gebraucht wird: Er versteht viel von Finanzgeschäften, von Steuern und Kostensparen; Geschick für interessante Neuerwerbungen wird ihm auch nachgesagt.

Odewald ist gelernter Jurist. Bei der Esso in Hamburg war er der jüngste leitende Angestellte, beim Speditionskonzern Kühne & Nagel hatte er es mit 35 Jahren bereits zum Finanzchef gebracht.

Viele seiner Kenntnisse hat sich der 1,94 Meter lange Manager so nebenher angeeignet. Während seiner Referendar-

Saturn in Köln, Manager Odewald
Bei Regen gute Geschäfte